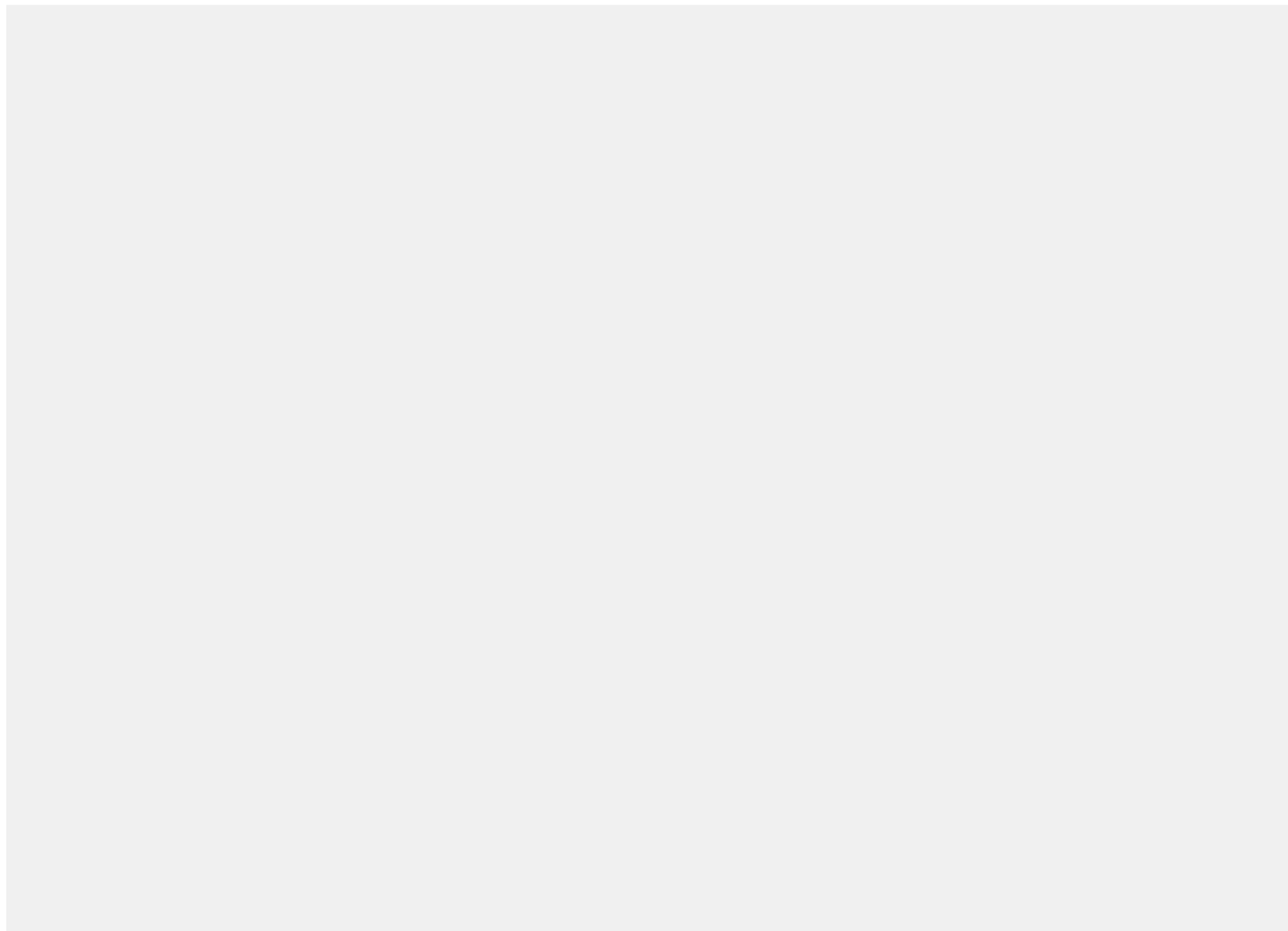


Was Staatsräson heisst

Die Existenz des jüdischen Staates ist seit 1949 Bestandteil deutscher Aussenpolitik. Zu Ende gedacht, bedeutet das: Im Ernstfall müssten deutsche Streitkräfte zugunsten Israels intervenieren. Gastkommentar von Martin Wagener



Das Verhältnis Deutschlands zu Israel ist in vielerlei Hinsicht einzigartig. Durch das Verbrechen des Holocaust entstand eine Schuld, die nicht abgetragen werden kann. Dennoch war es nach dem Zweiten Weltkrieg möglich, den Überlebenden und ihren Nachkommen zu helfen. In diesem Bewusstsein haben sich die deutschen Regierungen seit Bundeskanzler Konrad Adenauer entschieden, eine einmalige Selbstbindung einzugehen. Sie sieht vor, dauerhaft einen substanziellen Beitrag zur Absicherung der Existenz Israels in einem feindlichen Umfeld zu leisten. Bis heute hat Israel jedoch darauf verzichtet, die Gretchenfrage zu stellen: Wie weit reicht die Schutzzusage Berlins?

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Deutschland die Unterstützung des kleinen Akteurs in der Levante von Anfang an sehr ernst genommen hat. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1965 entwickelte sich das Verhältnis rasant, vor allem der ökonomische Austausch wurde schnell vertieft. 2022 war die Bundesrepublik mit einem Handelsvolumen von 8,58 Milliarden Euro der wichtigste Wirtschaftspartner Israels innerhalb der Europäischen Union. Parallel dazu sind bis 2021 Entschädigungsleistungen im Umfang von über 80 Milliarden Euro ausgezahlt worden.

Den Worst Case mitdenken

In militärischer Hinsicht wird ebenfalls sehr eng zusammengearbeitet. Die sechs U-Boote der Dolphin-Klasse, die vermutlich die nukleare Zweitschlagfähigkeit des Landes absichern, sind von der Bundesregierung in erheblichem Umfang mitfinanziert und in norddeutschen Werftanlagen gebaut worden. Das gilt auch für die vier Korvetten der Saar-6-Klasse, die im Kampf gegen die Hamas eingesetzt werden. 2022 wurde zudem die Lieferung von drei U-Booten der neuen Dakar-Klasse vereinbart; erneut wird ein Teil der Kosten übernommen. Dass sich die Nachrichtendienste der beiden Seiten austauschen, darf angenommen werden.

Angela Merkel hat die Haltung der Bundesrepublik gegenüber Israel am 18. März 2008 in der Knesset deutlich formuliert: «Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heisst, die Sicherheit Israels ist für

Bis anhin hat Israel nie Unmögliches erwartet. Vielleicht auch deshalb, um die Bundesregierung nicht in Verlegenheit zu bringen.

mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.»

Die gewählte Formulierung, der besondere Ort und die Autorität der Rednerin haben Beobachter dazu verleitet, von einer «Merkel-Doktrin» zu sprechen. Tatsächlich hat die Bundeskanzlerin aber lediglich zusammengefasst, was bereits seit 1949 Bestandteil deutscher Aussenpolitik ist. Nicht einmal der zentrale Begriff war neu. Der damalige deutsche Botschafter in Israel, Rudolf Dressler, hatte 2005 geschrieben: «Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsräson.» Diese Position ist offiziell auch von den Nachfolgern Merkels bestätigt worden. Im Koalitionsvertrag vom 24. November 2021 der derzeitigen Bundesregierung steht: «Die Sicherheit Israels ist für uns Staatsräson.» Am 28. Februar 2023 erklärte das Auswärtige Amt: «Deutschland steht ein für das Existenzrecht des Staates Israel.»

In der ersten Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik vom Juni 2023 wird festgehalten, weiterhin «Verantwortung für das Existenzrecht Israels» übernehmen zu wollen. Dabei ist es auch nach dem verheerenden Angriff der Hamas auf den jüdischen Staat am 7. Oktober 2023 geblieben. Bundeskanzler Olaf Scholz hat am 17. Oktober 2023 in Tel Aviv verkündet, dass die «Sicherheit Israels und seiner Bürgerinnen und Bürger» deutsche Staatsräson sei.

Immer wieder gibt es Streit zwischen Deutschland und Israel – bei Themen wie der Zweistaatenlösung, den jüdischen Siedlungen im Westjordanland und dem oft als überzogen wahrgenommenen Vorgehen Israels bei der Bekämpfung seiner Gegner, jüngst insbesondere wegen der Justizreform. Aber die Bereitschaft Deutschlands zur Unterstützung seines besonderen Partners wurde dadurch nie beeinträchtigt.

Aus dieser Sicht trifft die Behauptung durchaus zu, dass sich die Bundesrepublik für das Existenzrecht Israels in Wort und Tat einsetze. Der gegenwärtige Konflikt mit der Hamas hat allerdings gezeigt, dass sich deutsche Politiker scheuen, eine Frage präzise zu beantworten: Was bedeutet «Staatsräson», und wie weit reicht sie? Der deutsche Botschafter in Israel, Steffen Seibert, erklärte dies am 9. Oktober 2023 in einem Interview aus

solidarischer Sicht, wick aber bei der Frage nach militärischer Unterstützung aus: «Das steht jetzt überhaupt nicht zur Debatte.» Knapp zwei Wochen später antwortete Olaf Scholz ähnlich, als er auf einen möglichen Bundeswehreininsatz angesprochen wurde: «Die Angelegenheit ist viel zu ernst, um darüber abstrakt zu spekulieren.»

Dahinter steckt die Weigerung, den Worst Case zu Ende zu denken, nämlich: Wie hätte Deutschland reagiert, wenn es zeitgleich zu einem Angriff der Hamas, des Hizbullah und der von Iran unterstützten Milizen in Syrien – begleitet von einem Aufstand im Westjordanland – gekommen wäre? In einem solchen Mehrfrontenkrieg könnte es für die Existenz Israels durchaus eng werden.

Wer von «Staatsräson» spricht, muss über dieses Szenario, das Angela Merkel mit «Stunde der Bewährung» gemeint haben könnte, nachdenken. Wenn die Wahl des Begriffes ernst gemeint ist, bedeutet ein solcher Selbstanspruch, die eigene Existenz mit der eines anderen zu verbinden. Es ist ein asymmetrisches Bündnis mit einer einseitigen Schutzzusage. Das heisst, im Ernstfall mit deutschen Streitkräften zugunsten Israels zu intervenieren – wenn es dies wünscht. Darum geht es. In der derzeitigen Auseinandersetzung ist Deutschland gebeten worden, Sanitätsmaterial und bis zu zwei – ohnehin nur von Jerusalem geliehene – kampffähige Drohnen vom Typ Heron TP und Munition zu liefern.

Widersprüchliches Verhalten

Ist Deutschland also darauf vorbereitet, dass ein eng befreundeter Staat in höchster Not die Gretchenfrage stellt? Der damalige Bundespräsident Joachim Gauck zeigte sich skeptisch, als er während seines Staatsbesuchs in Israel Ende Mai 2012 erklärte: «Ich will mir nicht jedes Szenario ausdenken, welches die Bundeskanzlerin in enorme Schwierigkeiten bringt, ihren Satz, dass die Sicherheit Israels deutsche Staatsräson ist, politisch umzusetzen.»

Bis anhin hat Israel nie Unmögliches erwartet. Vielleicht auch deshalb, um die Bundesregierung nicht in Verlegenheit zu bringen. Aber mehrere Entwicklungen zeigen, dass ein sehr weitreichendes Versprechen in der Praxis untergraben wird: So stellt Deutschland seit Jahren umfassende Mittel zur Unterstützung der Menschen im Gazastreifen und im Westjordanland zur Verfügung. 2022 war es mit 202,05 Millionen Dollar nach den USA der zweitgrösste Geber des Hilfswerkes der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten. Weitere Gelder kommen hinzu, ohne einen Mittelzufluss an islamistische Gruppierungen abgesichert zu unterbinden. Deutsche Hilfsgelder tragen zu einer zivilgesellschaftlichen Entlastung der Hamas bei, die in den Aufbau ihres Raketenarsenals investieren konnte.

Zudem gefährdet die deutsche Zuwanderungspolitik jüdisches Leben in der Bundesrepublik. Über 70 Prozent aller Erstanträge auf Asyl sind in den vergangenen Jahren von Menschen mit muslimischem Hintergrund gestellt worden. Statistisch betrachtet, ist der Anteil von Personen mit antisemitischen Einstellungen in dieser Bevölkerungsgruppe am höchsten. Infolge der jüngsten Eskalation des Nahostkonflikts haben jüdenfeindliche Äusserungen und Handlungen ein Ausmass angenommen, wie dies nach 1945 nicht mehr zu beobachten war. Jüdisches Leben muss polizeilich geschützt werden, viele Menschen leben in Angst.

Ebenso hat die Hamas zur Vorbereitung ihrer Angriffe gegen Israel immer auch von Geldern profitiert, die ihre Aktivisten in Deutschland gesammelt haben – ohne nennenswerte staatliche Gegenmassnahmen und trotz jahrelangen eindeutigen Warnungen des Verfassungsschutzes: Die Hamas nutze, warnte man im Juni 2023, die Bundesrepublik als Rückzugsraum, führe Spendensammlungen durch und versuche, auf den deutschen Diskurs propalästinensisch im Sinne der Islamisten einzuwirken. Erst im November hat sich nun die Bundesregierung dazu durchringen können, ein Betätigungsverbot gegen diese Gruppierung anzuordnen.

Weiter fehlt es Deutschland an Entschlossenheit, der arabischen Welt entgegenzutreten, wenn antisemitische Stimmen laut werden. In Berlin relativierte der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, im August 2022 an der Pressekonferenz mit Olaf Scholz den Holocaust. Anstatt dies sofort zu korrigieren, gab der Bundeskanzler erst nachträglich einen Kommentar ab. Ein ähnliches Verhalten liess sich Ende Oktober 2023 beobachten. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete eine Resolution zur humanitären Lage im Gazastreifen, ohne die Hamas zu verurteilen. Deutschland enthielt sich, anstatt klar dazuzustimmen.

Aus diesem widersprüchlichen Verhalten deutscher Politiker kann Israel eigentlich nur einen Schluss ziehen: Sollte es die Gretchenfrage wirklich stellen müssen, könnte es sein, dass die deutsche Schutzzusage in einem Meer von Ausreden untergeht. Derzeit dürfte schon der Hinweis auf die begrenzte Einsatzbereitschaft der Bundeswehr reichen.

Martin Wagener ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt internationale Politik und Sicherheitspolitik an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Berlin.